

discussion paper

22

Felix Rauschmeyer

Das Elsaß

Verwaltung, Wirtschaft, Umweltschutz
und grenzüberschreitende Beziehungen
aus deutscher Sicht

EURES discussion paper dp-22

ISSN 0938-1805

1993

EURES

Institut für Regionale Studien in Europa

Schleicher-Tappeser KG

Basler Straße 19, D-7800 FREIBURG

Tel. 0049-761-70 44 1-0

Fax 0049-761-70 44 1-44

Das EURES-Institut

Ökonomie und Ökologie gehören für uns zusammen.

Eine nachhaltige Entwicklung braucht eigenständige regionale Strukturen und intensivere europäische Zusammenarbeit.

Wir helfen, Perspektiven zu entwickeln und Ideen in die Tat umzusetzen.

Wir vermitteln. Zwischen Wissenschaft und Praxis, zwischen Ansprüchen und Interessen, zwischen unterschiedlichen Kulturen.

Unser Anliegen

Das EURES-Institut für regionale Studien in Europa ist ein unabhängiges Unternehmen für Beratung und Forschung. Es arbeitet mit vorwiegend sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Methoden für öffentliche und private Auftraggeber. Alle Arbeiten und Ansätze des EURES-Instituts sind durch drei wesentliche Anliegen geprägt:

- Nachhaltige Entwicklung
- Europäische Zusammenarbeit
- Demokratie

Eine verstärkte Beachtung regionaler Strukturen und Besonderheiten in Verbindung mit einer europäischen Perspektive ist in vielen Bereichen die Voraussetzung, um diesen Zielen näher zu kommen.

Unsere Arbeitsbereiche

Das EURES-Institut gliedert sich in zwei Arbeitsbereiche, die sich in diesem Sinne ergänzen:

- Arbeitsbereich Regionalentwicklung
 - Integrierte Regionalentwicklung
 - Tourismus
 - Wirtschaft/ Arbeitsmarkt/ Weiterbildung
 - Unternehmenskooperation und Logistik
- Arbeitsbereich Europäische Umweltpolitik
 - Europäische Umweltpolitik allgemein
 - Güterverkehr
 - Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

**Das Elsaß
Verwaltung, Wirtschaft,
Umweltschutz
und grenzüberschreitende
Beziehungen aus deutscher Sicht**

Felix Rauschmeyer

1993

EURES

Institut für Regionale Studien in Europa
Schleicher-Tappeser KG
Basler Straße 19, D-7800 FREIBURG
Tel. 0049-761-70 44 1-0
Fax 0049-761-70 44 1-44

Inhaltsverzeichnis

1	Vorwort	5
2	Die Verwaltung	2
2.1	Die verschiedenen Ebenen	2
2.2	Die Dezentralisierungsgesetze	2
2.3	Die Entscheidungskompetenzen der Gemeinden	3
2.4	Die Entscheidungskompetenzen des Départements	5
2.5	Die Entscheidungskompetenzen der Région	5
2.6	Die Subventionen der Gebietskörperschaften an Unternehmen	7
3	Die Wirtschaftsstruktur des Elsaß	8
3.1	Allgemeines	8
3.2	Die industrielle Struktur	8
3.2.1	Allgemeines	8
3.2.2	Die einzelnen Branchen	10
3.3	Die ausländischen Unternehmen	13
3.4	Die Grenzgänger	14
4	Die institutionellen grenzüberschreitenden Beziehungen	15
4.1	Allgemeines	15
4.2	Die Oberrhein-Konferenz	15
4.3	Die INTERREG-Projekte	16
4.4	Die interkommunale Zusammenarbeit	16
4.5	Die Regio-Gesellschaften	17
4.6	Die Drei-Länder-Kongresse	17
4.7	Das Oberrhein-Parlament	17
4.8	Sonstige Beziehungen	17
5	Umweltschutz im Elsaß	19
5.1	Eco-Conseil	19
5.2	Sonstiges	19
5.3	Die staatlichen Umweltorganisationen	19
5.3.1	DRIRE	20
5.3.2	ADEME	20
5.3.3	DIREN	20
5.4	Umweltschutzverbände	20
6	Alsace 2005	21
7	Anhang	22
7.1	Die neuen Kompetenzen der Körperschaften	22
7.2	Einige wichtige Zahlen über das Elsaß	27
8	Literatur	31

Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1	Das Spezialisierungsmuster der elsässischen Industrie (Quelle: INSEE 1991, S. 12)	10
--------	---	----

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1	Durchschnittliches jährliches Wachstum der Wertschöpfung nach Branchen im Elsaß (Quelle: INSEE 1991, S. 22)	11
Tabelle 2	Regionale Spezialisierung (Quelle: INSEE 1991, S. 88)	11

Verzeichnis der Abkürzungen

ADEME	Agence de l'Environnement et de la Maitrise de l'Energie
ADIRA	Association de développement du Bas-Rhin
AFME	Agence française pour la Maitrise de l'Energie
ANRED	Agence Nationale pour la Récupération et l'Elimination des Déchets
AQA	Agence pour la Qualité de l'Air
BSP	Bruttosozialprodukt
CIMAB	Interessengemeinschaft Breisgau-Mittleres Elsaß
DIREN	Direction Régionale de l'Environnement
DRAE	Délégation régionale à l'architecture et à l'Environnement
DRIRE	Direction régionale de l'Industrie, de la Recherche et de l'Environnement d'Alsace
EUCOR	Europäische Konföderation der Oberrheinischen Universitäten
GDR	Gemeinden, Départements und Regionen
IHK	Industrie- und Handelskammer
INSEE	Institut National de la statistique et des études économiques
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KOR	Konferenz Oberrheinischer Regionalplaner
PIK	Periodische Internationale Koordinationsgespräche
POS	Plan d'occupation des sols (Flächennutzungsplan)
SIVU	Syndicat Intercommunal à Vocation Unique
SIVOM	Syndicat Intercommunale à Vocation Multiple

1 Vorwort

Diese Studie entstand im April und September 1992 in zwei vierwöchigen Praktika. Ziel war es, die aus deutscher Sicht unklare Verwaltungsstruktur, die Kompetenzen der verschiedenen Körperschaften, die Wirtschaftsstruktur, grenzüberschreitenden institutionellen Beziehungen und den Umweltschutz im Elsaß zu beleuchten.

Die Grundstruktur der Verwaltung, die sich durch die Dezentralisierung ergibt, ist relativ klar: Eine hierarchische Struktur besteht zwischen dem Staat und Region, Département und Gemeinden. Innerhalb der letztgenannten drei Körperschaften besteht nur durch die Präfekten als Stellvertreter des Staates eine klare Struktur, die gewählten Körperschaften sind nebeneinandergestellt.

Die Kompetenzen dagegen sind nicht mehr so klar: Gemeinde, Département und Région erhielten neue Kompetenzen, wobei vor allem Gemeindezusammenschlüsse und Regionen profitierten. Doch eine klare Abgrenzung der jeweiligen Kompetenzen hat sich bislang noch nicht eingespielt. Die Gesetze lassen einige Freiräume und versuchen, Kooperationen und Zusammenarbeit zwischen Gemeinde, Département und Region zu fördern.

Die elsässische Wirtschaft ist sehr vielfältig. Alle wichtigen Branchen sind ungefähr so vertreten wie im französischen Durchschnitt. Die Wirtschaftskraft ist hoch: Lohn und Produktivität liegen über, Arbeitslosigkeit unter dem Durchschnitt. Letzteres liegt jedoch auch an der großen Zahl der Pendler, die vor allem in den Räumen Basel und Karlsruhe arbeiten. Auch der Anteil ausländischer Unternehmen im Elsaß fällt aus dem Rahmen: Seine zentrale Lage mit guten Verkehrsanbindungen, sowie mit gegenüber deutschen und schweizerischen Verhältnissen niedrigen Löhnen machten das Elsaß schon seit den fünfziger Jahren interessant. Während zunächst deutsche und schweizerische Unternehmen kamen, siedelten sich in den letzten Jahren verstärkt amerikanische, japanische und skandinavische Betriebe an.

Von außen kommend, erwartet man im Oberrheingraben eigentlich eine sehr starke grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Betrachtet man die Anzahl der Institutionen, wird eine solche Erwartung noch verstärkt. Doch bei genauerer Untersuchung stellt sich heraus, daß (bislang) noch nicht sehr viel passiert ist. Dabei könnte der Raum durch seine Gemeinsamkeiten, die hier vielleicht in größerem Maße als in anderen Grenzregionen besteht, und durch die Randlage der jeweiligen Gebiete Nordwestschweiz, Elsaß und Südbaden, innerhalb ihrer Staaten relativ leicht eine gemeinsame Perspektive entwickeln.

Dem Umweltschutz konnten wir in dieser Studie nur wenige Seiten einräumen, weil die Umweltschutzbehörden erst kürzlich umstrukturiert wurden. Eine entsprechende Studie ist jedoch geplant.

Alle Unterabschnitte bieten Ausgangspunkte für weitere Untersuchungen, so u.a. die Normen und Verfahren zu Raumplanung, zum technischen Umweltschutz von Unternehmen. Es ist von EURES vorgesehen, die Kontakte zum Elsaß zu intensivieren. So werden im September 1993 eine Tagung zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von Unternehmen im Umweltschutz (Verpackungsbereich) und eine vergleichende Studie über die Voraussetzungen für erfolgreiche grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Umweltschutz durchgeführt.

2 Die Verwaltung

2.1 Die verschiedenen Ebenen

In Frankreich findet man im Prinzip vier Verwaltungsebenen: Staat, Région, Département und Commune. Darüber hinaus gibt es noch durch Gesetz festgelegte Communautés urbaines (z.B. Straßburg) und freiwillige Zusammenschlüsse einzelner Gemeinden (SIVU, SIVOM, District). Die Arrondissements, Untergliederungen der Départements, werden hier nicht behandelt.

In der französischen Verfassung sind die lokalen Selbstverwaltungen allerdings nicht vorgesehen, dagegen wird die territoriale Einheit Frankreichs betont, die durch den Staat zu gewährleisten ist. So kann der Staat eigentlich jede Entscheidung an sich ziehen. Faktisch ist seit 1933 eine - wenn auch häufig nur verbale - Tendenz zur Dezentralisierung festzustellen, die durch die Dezentralisierungsgesetze 1982 verstärkt wurde. Doch auch diese Reform war halbherzig, inzwischen ziehen allerdings insbesondere die Regionen immer mehr Mittel und Kompetenzen an sich, ohne dafür eine klare gesetzliche Grundlage zu haben.

Die Grundlage des Handelns der lokalen Ebenen ist der Artikel 1 des Dezentralisierungsgesetzes vom 2.3.1982: "Les communes, les départements et les régions s'administrent librement par des conseils élus."

Allerdings ist der Staat weiterhin verantwortlich für die Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitspolitik (Artikel 5, Absatz 1), und das Prinzip der Freiheit von Handel und Industrie darf genauso wenig berührt werden (Abs. 2) wie die Egalité (Gleichheit) der Bürger (und Unternehmen) Frankreichs.

Ein Schema der unterschiedlichen Kompetenzen ist im Anhang 1 wiedergegeben.

2.2 Die Dezentralisierungsgesetze

Die Dezentralisierungsgesetze von 1982, die eine neue Aufgabenverteilung der Gebietskörperschaften vorsahen, schon ergriffene Maßnahmen zur Entwässerung des "Wasserkopfes Paris" verstärken und die Verwaltung flexibilisieren sollten, hatten nach Gruber (1986, S. 175) folgendes Ziel:

"Ainsi, communes, départements et régions bénéficient d'une autonomie nouvelle dans tous les domaines de transferts de compétence, avec une accentuation très nette de leur vocation privilégiée, vocation d'urbanisme pour la commune, sociale pour le département, économique pour la région".

Vor allem die Ausstattung der schon seit 20 Jahren existierenden Regionen mit gewählten Organen und echten Funktionen stand im Mittelpunkt der Reform. Politisch hatte die Wahl der Regionalparlamente durch Verhältniswahl eine Parteipolisierung dieser Ebene zur Folge, während auf Département- und kommunaler Ebene die Politik sehr personenbezogen war und ist. Die Regionen wurden und werden als politische Institutionen der Zukunft gesehen, sie verelfachten ihre Budgets in den letzten 10 Jahren und konnten doch nicht die in sie gesteckten wirtschaftspolitischen Hoffnungen erfüllen. Sie gaben den größten Teil ihres ohnehin geringen Budgets (Elsaß 1991: 438 von 1.252 Mio. FF) für den Bau und Unterhalt von Lycées (deutsche Entsprechung: Gymnasien) aus und wurden andererseits am kostspieligen Bau und Unterhalt der Staatsstraßen beteiligt,

ohne über diese mitentscheiden zu können. Vor allem im europäischen Vergleich sind die Regionen klein, haben zu wenig Kompetenzen und zu wenig Geld. So zeigt allein der Budget-Vergleich zwischen den Partnern Baden-Württemberg (140 Mrd. FF), der Lombardei (46 Mrd. FF), Katalonien (33 Mrd. FF) und Rhone-Alpes (2 Mrd. FF) die Bedeutung der französischen Regionen im europäischen Vergleich.

Die Départements, ängstlich darauf bedacht, als älteste und ehemals einzige überkommene Gebietskörperschaft keine Kompetenzen zu verlieren, erhielten neue Rechte im Bereich der Raumplanung (hier aber nur in Zusammenarbeit mit den Kommunen) sowie im sozialen und gesundheitlichen Bereich. Ihre Rolle wird vor allem dadurch gestärkt, daß der gewählte Conseil général und sein Präsident in weiten Bereichen die Aufgaben des ehemaligen, vom Staat eingesetzten Präfekten übernehmen.

Die Kommunen erhielten neue Rechte hauptsächlich im Bereich der Raumplanung, dies vor allem, wenn sie sich mit anderen Gemeinden zusammenschließen, womit der Gesetzgeber der Zwangsfusionierung aus dem Wege gehen wollte. Dieser Weg wird inzwischen allgemein akzeptiert und mehr und mehr beschritten.

Ein Gestaltungselement der Reform war das Abschließen von Verträgen zwischen allen Gebietskörperschaften, sei es zur Erstellung des regionalen Wirtschaftsplanes, der die Richtlinien und Projekte einer Region für fünf Jahre festschreibt, sei es im Bereich des Wohnungsbaus oder der Raumordnung. Diese Verträge der Körperschaften untereinander sollen das Fehlen einer Hierarchie zwischen Gemeinde, Département und Region verdeutlichen.

Doch die Dezentralisierung hat auch Schattenseiten:

- die informellen, persönlichen Beziehungen der Bürgermeister zu ihrem Präfekten und "nach Paris", die die Entscheidungen für Insider erleichterten und die Ursache und Folge der durchschnittlich 20-jährigen Dienstzeit waren, sind formalen Entscheidungskriterien und -mustern gewichen.
- die unklaren und weit verteilten Entscheidungsbefugnisse erschweren kompetente Hilfe für Bürgermeister aus kleinen Gemeinden, die "einen zunehmend parteipolitisierten Ariadnefaden" brauchen (Becquart-Leclercq 1989, S. 124).

Als Ergebnis sieht Becquart-Leclercq (1989, S. 128):

"Die Reformen haben die weitgehende Zersplitterung der Lokalgewalt abgesegnet; die Nutznießer sind die Notabeln auf den Zwischenebenen sowie die lokalen Beamten und Funktionsträger. Das verrät im übrigen auch die Struktur der lokalen Ausgaben, wo die laufenden Personalkosten eindeutig die Überhand haben.

Die Zersplitterung macht das politische Spiel undurchsichtiger, der Bürger findet sich immer weniger im politischen Irrgarten zurecht. Der Bürger zahlt die Zeche, ohne daß ihm eine echte Mitwirkungsmöglichkeit gegeben wäre. So wird er auf die Rolle des Protestlers zurückgeworfen, der letztlich den Schauplatz der Demokratie aus den Versammlungssälen auf die Straße zurückverlegt".

2.3 Die Entscheidungskompetenzen der Gemeinden

"Von den über 36.400 Gemeinden Frankreichs haben zwei Drittel weniger als 500 Einwohner, 90% weniger als 2.000 Einwohner, bzw. 98% weniger als 10.000 Einwohner" (FWT 1991, S. 4). Im Elsaß sieht es nicht viel anders aus.

Der Bürgermeister ist sowohl gewählter Vertreter der Gemeinde als auch Vertreter der Staatsmacht in der Gemeinde und so Vorgesetzter der lokalen Verwaltung. Die Bürgermeister der kleinen Gemeinden sind oft mit schwierigen Entscheidungen überfordert, es sind nicht genügend Geldmittel vorhanden oder die Entscheidungen betreffen mehrere Gemeinden, aber nicht das ganze Département. Gebietsreformen mit dem Ziel eines Zusammenschlusses von Gemeinden scheiterten bislang häufig, wohl auch wegen des

"cumul", der Ämterhäufung, da die Parlamentsabgeordneten über die Abschaffung ihrer eigenen Zweitposten abstimmen sollten. Dieses Scheitern führte dazu, daß der Staat seit 1982 Zusammenschlüsse der Gemeinden fördert, indem er diesen Zusammenschlüssen mehr Kompetenzen und Subventionen als den Einzelgemeinden gibt.

So gibt es sieben verschiedene Formen der interkommunalen Kooperation (Territoires en mouvement 1/1989, S. 13)¹:

- SIVU (Syndicat Intercommunal à Vocation Unique); es gibt nur ein bestimmtes Thema der Zusammenarbeit,
- SIVOM (Syndicat Intercommunal à Vocation Multiple); es gibt mehrere Themen der Zusammenarbeit,
- SIVOM à la carte; eine Kommune gehört nur teilweise einem SIVOM an,
- District; ein vertiefter Zusammenschluß von Gemeinden mit mehr Kompetenzen und u.U. eigener Fiskalität,
- Syndicat mixte; Zusammenschluß öffentlicher Körperschaften unterschiedlichen Niveaus,
- Association; flexibler Zusammenschluß öffentlicher und privater Körperschaften,
- Communauté urbaine; Vereinigung von Gemeinden innerhalb eines städtischen Großraumes, wobei den Gemeinden wenig Rechte verbleiben; 1966 wurde per Gesetz der Großraum Straßburg geschaffen.

Ein wesentliches Element der Kooperation ist die Erstellung einer charte intercommunale de développement et d'aménagement, in der die teilnehmenden Kommunen ihre mittelfristigen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Perspektiven sowie die dazu nötigen Aktionen und Mittel beschreiben. Die charte intercommunale legt auch die Mittel zur Unterhaltung eines "parc naturel régional" fest, der allerdings von der Region im Einverständnis mit betroffenen Départements und Gemeinden bestimmt wird.

Für die Richtlinien der Raumplanung wird durch die Kooperativen ein schéma directeur erstellt, das allerdings vor dem Inkrafttreten von dem Repräsentanten des Staates bestätigt oder eventuell abgeändert wird. In dem Schema werden die Infrastruktureinrichtungen, insbesondere die Verkehrswege sowie die Bebauungs- und Wiederherstellungsflächen festgelegt.

In dem Rahmen des schéma directeur - oder, falls es keinen gibt, eigenständig - können die Gemeinden einen plan d'occupation des sols (P.O.S.) (Flächennutzungsplan) erstellen, der Bauflächen, Bauprinzipien, Baudichte, Verkehrswege, Grünflächen etc. bestimmt. Durch diesen Plan kann der Bürgermeister eigenständig als Vertreter des Staates Baugenehmigungen erteilen. Der Staat unterstützt die Erstellung der P.O.S., indem er die Kosten für sie übernimmt.

Dieses eigenmächtige Erteilen von Baugenehmigungen kann leicht in Widerspruch zum Naturschutz geraten, wenn übergeordnete Aspekte nicht beachtet werden.

Darüber hinaus können die Kommunen auch lokale Wohnungsbauprogramme erstellen, die von der Region in Betracht gezogen werden müssen, sie können Grundschulen schaffen, sind für den Schultransport und die Schulgebäude der Grundschulen verantwortlich und dürfen in diesen Räumen eigene Veranstaltungen im Bereich der Kultur, der Ausbildung oder des Sports durchführen. Der innerstädtische Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) fällt jetzt ebenso in ihre Zuständigkeit wie das örtliche Sozialhilfebüro, das für Tagesmütter, Kinderkrippen, Volksküchen, Seniorenunterstützung usw. verantwortlich ist (Gruber 1986, S. 156ff).

Der Conseil Municipal wird für sechs Jahre gewählt, mit Mehrheitswahl in kleinen Gemeinden, mit einer korrigierten Verhältniswahl in großen Gemeinden (Gruber 1986, S. 128).

¹ Einen Überblick über die existierenden interkommunalen Strukturen im Elsaß gibt "Territoires en mouvement" 4/1990.

2.4 Die Entscheidungskompetenzen des Départements

Im europäischen Frankreich (ohne die Gebiete in Übersee, "DOM-TOM") gibt es 96 Départements, das Elsaß ist außer Korsika die einzige Region mit nur zwei Départements.

Auf Département-Ebene wird der Staat durch den Commissaire de la République de Département (ehemals Préfet) vertreten. Er ist Untergebener aller Minister, Vorgesetzter der staatlichen Behörden und für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung im Département verantwortlich. Gleichzeitig stellt er die Verwaltungskontrollinstanz der Gemeinden, des Départements und ihrer öffentlichen Einrichtungen dar (dito, S. 86ff).

Der Präsident des Conseil Général vertritt das Département nach außen, erstellt den Budgetentwurf und führt den Budgetplan aus, berichtet dem Conseil Général über das Département und ist seit 1982 anstelle des Präfekten Vorgesetzter der Département-Behörden (dito, S. 139ff).

Das Département kann im Rahmen der Planverträge Verträge mit dem Staat zur Ausführung des nationalen Wirtschaftsplanes, mit der Region für die Ausführung des regionalen Wirtschaftsplanes und mit den Gemeinden auf der Basis der chartes intercommunales für die Erstellung der schémas directeurs und P.O.S. abschließen, wenn die Gemeinden dies wünschen. Es ist für Erstellung und Unterhalt der routes départementales, aber auch für Erhaltung besonders geschützter "espaces verts" zuständig. Der Conseil Général legt Prioritäten für den Wohnungsbau fest, während der Commissaire, dadurch ungebunden, die staatlichen Hilfen auf die Kommunen aufteilt. Die Organisation des außerkommunalen öffentlichen Verkehrs fällt nunmehr in das Ressort des Conseil général.

Im sozialen und sanitären Bereich ist das Département für alles zuständig, was der Staat nicht ausdrücklich zu seiner eigenen Angelegenheit als einer Frage der nationalen Solidarität erklärt (Schwangerschaftsabbruch, Reha-Zentren, Obdachlosenfürsorge, Kampf gegen Drogenmißbrauch und -handel usw.) oder als Fürsorge für bestimmte soziale Gruppen (z.B. Subsistenzleistungen für Alte und Behinderte) (dito S. 165ff).

Der Conseil Général wird jeweils zur Hälfte alle drei Jahre gewählt, d.h. die Amtszeit eines Conseiller Général beträgt sechs Jahre. Es wird in Wahlkreisen nach Mehrheitswahlrecht abgestimmt (dito, S. 130f). Der Conseil Général gilt als Versammlungsort der lokalen Notablen, das Mehrheitswahlrecht in relativ kleinen Wahlkreisen fördert die parteipolitische Unabhängigkeit. Durch den erweiterten Spielraum gewinnt das Amt des Conseiller Général wieder an Wertschätzung.

2.5 Die Entscheidungskompetenzen der Région

Frankreich hat in Europa 22 Regionen. Der Staat wird durch den Commissaire (Préfet) de la République de Région vertreten, der gleichzeitig Commissaire (Préfet) desjenigen Départements ist, in dem die Hauptstadt der Region liegt. Er ist in bezug auf die anderen Präfets, deren Départements in seiner Region liegen, lediglich primus inter pares. Er ist Vorgesetzter der staatlichen Behörden, sofern es sich um interdepartementale, aber intraregionale Aktivitäten handelt. Für die Vorbereitung und Durchführung des nationalen Wirtschaftsplanes in bezug auf seine Region ist er ebenso zuständig wie für die Erstellung eines regionalen Planes und die Verhandlung darüber mit der Zentralbehörde (dito, S. 105ff).

Der Präsident des Conseil Régional verfügt im Prinzip über dieselben Rechte wie der Präsident des Conseil Général im Département, mit dem bedeutenden Unterschied, daß es relativ wenige regionale Behörden gibt (1990 hatten diese im Elsaß 115 Mitarbeiter).

Die Rolle der Region ist laut Dezentralisierungsgesetz vom 2.4.82: "contribuer au développement économique, social et culturel, sanitaire et scientifique de la région". Die Region wird bei chartes intercommunales befragt, die mehr als 10.000 Einwohner betreffen oder über Département-Grenzen hinaus gehen. Sie hat die Initiative bei der Schaffung von "parcs naturels régionaux", die Teil einer charte sind, aber in denen ein instabiles Gleichgewicht besteht und die von hohem kulturellen und ökologischem Wert sind. Auch sonst legt die Region die Liste der zu erhaltenden Kulturgüter fest. Beim Wohnungsbau kommt ihr eine koordinierende Funktion zu, doch sie kann auch allein oder durch einen Vertrag mit dem Staat ein Sanierungsprogramm auflegen, das auch eine rationelle Energienutzung oder die Verwendung erneuerbarer Energiequellen zum Inhalt haben kann.

Die Region erhält im Medienbereich ebenso neue Rechte wie im Bereich der Ausbildung, was beides im Elsaß wichtige Impulse liefern kann. So weckte die Schaffung lokaler Fernseh- und Radiosender in Frankreich große Hoffnungen, die allerdings inzwischen einer Ernüchterung gewichen sind. Die oftmals ausgesprochene Bewunderung der letzten Premierministerin Edith Cresson und der Arbeitsministerin für das deutsche duale Ausbildungssystem verstärkte sicherlich in Frankreich die Debatte über eine Ausbildungsreform. Das "deutsche" System gibt es traditionellerweise im Elsaß, ist aber bislang nicht sehr angesehen, was sich jetzt ändern könnte. Die Regionen investierten in den letzten Jahren erhebliche Teile ihres Budgets (im Elsaß 1991 35% = 438 Mio. FF) in Bau und Unterhalt der Lycées (Oberschulen), da sie anscheinend durch den Staat vor der Dezentralisierung in einem sehr schlechten Zustand gelassen wurden. Das Elsaß benützt gleichzeitig diese Infrastruktureinrichtung zur Wirtschaftsförderung, indem es ein japanisches und ein amerikanisches Internat bauen ließ. Hier rechnet man noch mit 250 Mio. FF jährlichen Ausgaben innerhalb der nächsten fünf Jahre (Jézégabel/ Yerochewski 1992, S. 20). Trotz der erheblichen Ausgaben mehrten sich auf regionaler Ebene immer mehr die Stimmen, die Universitäten ebenfalls den Regionen zuzuordnen.

Die elsässisch-alemannische Kultur und Sprache wird von der Region 1991 mit 1,5 Mio. FF unterstützt.

Im regionalen Verkehrswesen muß die Region einen Plan des öffentlichen außerstädtischen Busverkehrs erstellen und Kontakt mit der SNCF halten. Darüber hinaus erhält sie jeweils mit Einverständnis des Staates gewisse Kompetenzen über schon existierende Häfen und Wasserstraßen, wobei sie auch neue schaffen kann (Gruber 1986, S. 170ff).

Bezüglich internationaler Beziehungen darf die Region im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit einer Erlaubnis der Regierung regelmäßige Kontakte mit einer ausländischen Gebietskörperschaft aufnehmen, mit der sie eine gemeinsame Grenze hat. Jedoch ist unklar, was letztendlich diese genehmigungsbedürftigen Kontakte sind, wo sie anfangen und wo sie aufhören. Denn sobald rechtliche Abmachungen getroffen werden, ist die Einheit und Unteilbarkeit der französischen Republik nicht mehr evident - das Prinzip der freien Selbstverwaltung gerät dazu in Widerspruch (Pontier 1988, S. 360ff). Doch diese Unsicherheiten hindern die Regionen nicht, Büros in osteuropäischen Ländern zu eröffnen, was wiederum von den Rechnungshöfen moniert wird.

Der Conseil régional wird alle sechs Jahre gewählt, die zweite Wahl 1992 war eine reine Verhältniswahl nach Départementlisten. Wahrscheinlich wird es bald zu einer Wahlrechtsänderung kommen, da die Verhältniswahl zu - in Frankreich ungewohnten - Koalitionsverhandlungen und bei der derzeitigen Parteienzersplitterung zu einer tendenziellen Unregierbarkeit führt. So wurde in Nord-Pas-de-Calais eine Grüne zur Regionalratspräsidentin gewählt, obwohl ihre Partei nur ca. 6% der Stimmen erhalten hatte und ohne daß es Koalitionsabsprachen gegeben hätte. Im Burgund und in Lothringen wurden Präsidenten mit Hilfe der von ihnen abgelehnten Front National gewählt. Das Gesetz ist weder auf Koalitionsbildung ausgelegt - es schreibt die Wahl des Präsidenten am Freitag nach der Wahl vor - noch darf der Präsident vom Conseil régional wieder abgewählt werden.

2.6 Die Subventionen der Gebietskörperschaften an Unternehmen

In diesem Abschnitt sind ausschließlich direkte und indirekte Hilfen an bestehende oder sich gründende oder niederlassende Unternehmen seitens der Gemeinden, der Départements und der Regionen (im folgenden GDR abgekürzt) gemeint. Staatliche Unterstützungen werden nicht behandelt.

Während früher jede wirtschaftliche Aktivität dem planenden Staat und privaten Interessen vorbehalten war, werden seit den dreißiger Jahren den GDR immer mehr Freiheiten eingeräumt, dort wirtschaftlich tätig zu werden, wo die Privatinitiative keine, zu geringe oder unzureichende Ergebnisse erbringt.

Die französische Tradition der staatlichen Wirtschaftspläne wird seit der Dezentralisierung auch durch die Regionen fortgesetzt, da der Wirtschaftsplan auf nationaler Ebene nur mehr Richtlinienfunktion für einzelne Vorhaben und deren zeitliche Abfolge hat. Der Tendenz der Gemeinden, Unternehmen zu unterstützen oder selbst unternehmerisch aktiv zu werden, wird durch Rechtssprechung und Gesetzgebung Rechnung getragen. Doch durch die Ausweitung des liberalistischen Rechtssystems der EG werden hier Grenzen gesetzt, da Hilfen des Staates (und damit auch der GDR) den Wettbewerb nicht verfälschen dürfen. Ausgenommen sind hier Hilfen in strukturschwachen Gebieten und Hilfen, die die Austauschbedingungen nicht entgegen dem allgemeinen Interesse verändern.

Die direkten Hilfen werden hauptsächlich von den Regionen vergeben, Gemeinden und Départements dürfen nur die Hilfen an schon subventionierte Unternehmen verstärken. An direkten Hilfen existieren:

- die regionale Prämie zur Unternehmensgründung (1986: 127 Mio. FF in ganz Frankreich)
- die regionale Arbeitsplatzprämie (1986: mit Dép.prämie: 121 Mio. FF)
- Zinsnachlässe, Darlehen und Vorschüsse (1986: 74 Mio. FF der Regionen, 47 Mio. FF der Départements).

Die indirekten Hilfen werden von Gemeinden und Départements, und zwar z.B. in Form von Erschließung von Gewerbegebieten, Bau oder Renovierung von Industriegebäuden gegeben. Die Preisabschläge bei Verkauf, Vermietung oder Wiederverkauf von Gebäuden durch Gemeinden betrug 1986 37 Mio. FF, durch Départements 15 Mio. FF.

Bei Hilfen an Unternehmen in Schwierigkeiten sind die GDR ziemlich frei in ihren direkten und indirekten Hilfen. 1986 betrugen diese Hilfen 697 Mio. FF, davon 33% durch Départements und 67% durch Gemeinden.

Die Aufrechterhaltung der für die Landbevölkerung nötigen Dienste kann zwar ähnlich frei unterstützt werden, in der Realität geschah dies 1986 aber nur mit 19 Mio. FF seitens der Départements.

Außerdem dürfen noch Lokalsteuerbefreiungen an neue Unternehmen oder für Unternehmenserweiterungen und Kreditgarantien hauptsächlich für den sozialen Wohnungsbau vergeben werden (Jossa/Semo 1990).

3 Die Wirtschaftsstruktur des Elsaß

Themen dieses Kapitels sind die allgemeine Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftslage des Elsaß unter Berücksichtigung der Industriestruktur.² Außerdem wird auf die Besonderheit des hohen Anteils ausländischer Unternehmen und der vielen Grenzgänger zwischen Elsaß, Baden und Nordwestschweiz eingegangen.

3.1 Allgemeines

Historisch gab es wie in Baden eine Struktur aus kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Von 1871 bis 1945 wurde im Elsaß wegen seiner jeweiligen Frontlage zum "Erbfeind" wenig investiert, es waren keine großen Industrieansiedlungen zu verzeichnen. Doch in der Nachkriegszeit versuchte man im Elsaß intensiv, Großinvestoren anzulocken, was auch in erheblichem Ausmaß gelang. So hat heute das Elsaß im Vergleich zu Gesamtfrankreich relativ viele Großunternehmen.

Das Elsaß steht, von den ökonomischen Daten her gesehen, in Frankreich relativ gut da, seine Arbeitslosenrate ist seit langem erheblich niedriger als der Durchschnitt (5,2% zu 9,4% in 4/91), das BSP pro Kopf ist mit 105.600 FF das dritthöchste, das Einkommen das zweithöchste, die Beschäftigungsquote in der Industrie mit 27% die höchste, es exportiert am meisten (pro Kopf gerechnet) und es wird viel geforscht (5% der öffentlichen Forschungsgelder werden im Elsaß ausgegeben, was es zum dritten regionalen Wissenschaftszentrum macht)(DRIRE Alsace 1991, S. 6ff).

3.2 Die industrielle Struktur

3.2.1 Allgemeines

Im Gegensatz zu Südbaden dominieren im Elsaß die Unternehmen mit vielen Beschäftigten: 27% der Unternehmen haben mehr als 100 Beschäftigte, (in Frankreich 18%). Die geographischen Pole sind Straßburg und Mulhouse, doch sind die Arbeitsplätze über die ganze Region verteilt, wobei sich die Aktivitäten eher in der Rheinebene konzentrieren als in den Vogesen, wo Kleinbetriebe vorherrschen. Alle französischen Branchen sind auch im Elsaß vertreten, doch gibt es (aufgrund des Peugeot-Werks in Mulhouse mit 13.000 Mitarbeitern) einen starken Überhang in der Beschäftigtenstruktur zugunsten des Maschinen- und Anlagenbaus sowie der Stahlindustrie. Die breite Streuung hat das Elsaß bislang relativ unempfindlich gegenüber nötigen Umstrukturierungen gemacht.

Die Industrie ist nur wenig innovativ, denn die Prognos-Studie von 1985 zeigt, daß im Elsaß im Vergleich zu Frankreich relativ wenig neuartige Produkte hergestellt werden.

Dazu kommt, daß die Unternehmen im Elsaß weniger Geld für Weiterbildung ausgeben als im französischen Durchschnitt und intern weniger geforscht wird als im Rest der Republik. Während im Elsaß viele Unternehmen angesiedelt wurden, war ihre Überlebensquote dort geringer als sonst in Frankreich oder im vergleichbaren Ausland (Wardeck 1986, S. 95ff). Dagegen steht das Elsaß in Frankreich bei Gründungskapital und Beschäftigtenzahl pro Neugründung an der Spitze (DRIRE Alsace 1991, S. 6ff), so daß es in der Statistik neugeschaffener dauerhafter Arbeitsplätze nicht schlecht platziert ist.

² siehe Anhang 2

Von den 1,6 Mio. ElsässerInnen sind 636.000 im Elsaß beschäftigt, davon

in der Landwirtschaft	3,5%
in der Industrie	29,7%
im Bausektor-öffentliche Arbeiten	6,9%
im Dienstleistungsbereich	59,9% ³

Die Industrie ist im Elsaß stark diversifiziert, alle wesentlichen Sektoren sind vertreten, auch wenn es besondere Spezialisierungen gibt:

- mechanische Industrie mit Textil- und Landmaschinenbau, Präzisionsmaterial, Automobilbau,
- Agrar- und Lebensmittelindustrie mit vor allem den Brauereien,
- Textil und Bekleidung,
- Grundstoffchemie,
- Baumaterialien und Minerale mit Kali und Ziegelproduktion,
- Leder und Schuhproduktion,
- Papier und Karton.

³ Zahlen vom 1.1.1990 aus chambre régionale de commerce et d'industrie d'Alsace, 1992

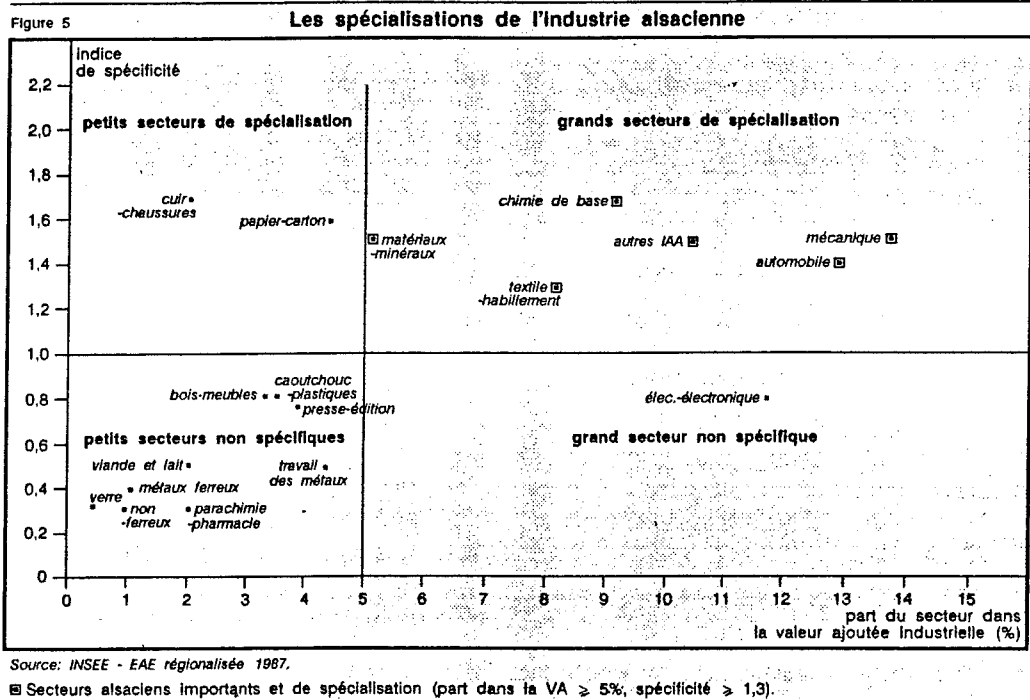


Abb. 1 Das Spezialisierungsmuster der elsässischen Industrie (Quelle: INSEE 1991, S. 12)

Abb. 1 stellt die elsässischen Branchen nach ihrer Spezialisierung im französischen Vergleich und nach ihrer Größe, gemessen an ihrem Anteil an der industriellen Wertschöpfung anschaulich dar.

Die Entwicklung der einzelnen Branchen wird aus Tabelle 1 deutlich, die das jährliche Wachstum der Wertschöpfung nach Branchen ausweist. Auffällig ist das Wachstum von parachimie-pharmacie, caoutchouc-plastiques, viande et lait, métaux-ferreux und électrique-électronique mit jeweils über 6,8%.

3.2.2 Die einzelnen Branchen

3.2.2.1 Maschinenbau (construction mécanique)

Als bedeutendsten Untersektor läßt sich der Industriemaschinenbau (équipement industriel) nennen, der 40% der Mitarbeiter der Branche beschäftigt, wobei allein die Hälfte davon auf den Maschinen- und Werkzeugbau für die Textilindustrie entfällt. Diese starke Spezialisierung ermöglicht einen hohen Exportanteil dieses Untersektors, wobei es relativ viele Tochtergesellschaften deutscher Unternehmen gibt. Neben einigen Unternehmen im Maschinenbau für die metallverarbeitende Industrie und wenigen für die Holzwirtschaft gibt es im Elsaß mit De Dietrich noch den französischen Marktführer im Hei-

Figure 25 Croissance annuelle moyenne de la valeur ajoutée des branches (en volume)

Secteurs	Taux de croissance annuel moyen (%)					
	1975 - 1979		1979 - 1981		1981 - 1988	
	Alsace	France	Alsace	France	Alsace	France
T02 Viande et lait	8,5	1,6	6,0	5,9	7,7	2,1
T03 Autres IAA	6,8	2,6	-2,7	-4,7	0,7	-0,8
T07 Métaux-ferreux	14,0	7,9	-1,6	-5,7	7,3	-0,8
T08 Non-ferreux	9,1	15,2	-2,1	-3,3	2,2	2,9
T09 Matériaux-minéraux	-4,5	-0,6	-0,3	-0,2	-2,9	-0,2
T10 Verre	5,4	4,4	-6,5	-0,6	5,5	1,2
T11 Chimie de base	11,7	9,4	3,1	-4,7	5,5	1,6
T12 Parachimie-pharmacie	-4,2	4,4	-3,1	3,9	11,3	4,4
T13 Travail des métaux	6,9	3,9	-8,2	-3,8	2,3	-0,6
T14 Mécanique	3,9	2,3	-0,7	6	-1,8	0,0
T15 Elect.-électronique	10,1	7,2	1,9	3,1	6,6	2,4
T16 Automobile	12,6	4,2	-12,7	-5,8	3,9	0,3
T17 Aéronautique	s.stat.	s.stat.	s.stat.	s.stat.	s.stat.	s.stat.
T18 Textile-habillement	2,2	-0,4	-1,1	0,1	0,3	-0,5
T19 Cuir-Chaussures	6,3	-2,2	-9,4	-4,1	-6,4	-3,8
T20 Bois-meubles	10,4	5,9	-8,9	-5,3	-0,6	-1,4
T21 Papier-carton	14,2	4,5	1,9	-2,4	-0,9	2,3
T22 Presse-édition	4,4	5,1	-0,5	0,2	-0,7	1,3
T23 Caoutchouc-plastiques	8,3	4,5	-5,6	-5,3	8,0	2,8
Total Industrie	6,2	3,9	-2,9	-1,1	1,8	0,6

Source: INSEE - comptes régionaux - Base 1980 en volume.

Tabelle 1 Durchschnittliches jährliches Wachstum der Wertschöpfung nach Branchen im Elsaß (Quelle: INSEE 1991, S. 22)

zungsbau, der seine Produktion in Richtung elektrischer Heizsysteme diversifiziert hat. Im Präzisionsmaschinenbau (matériel de précision) findet man mit INA und TIMKEN zwei große Kugellagerfabrikanten mit jeweils mehr als 1000 Mitarbeitern.

Secteurs	Part dans la valeur ajoutée industrielle (en %)		Spécificité (1)/ (2)
	Alsace (1)	France (2)	
Construction mécanique	13,8	9,0	1,5
dont Equipement industriel	6,4	5,1	1,2
Matériel de précision	2,4	1,4	1,7
Manutention et génie civil	2,2	1,2	1,8
Machines-outils	1,6	0,9	1,8
Machines agricoles	1,2	0,5	2,4

Tabelle 2 Regionale Spezialisierung (Quelle: INSEE 1991, S. 88)

Daneben sind Unternehmen aus dem Bereich innerbetriebliche Logistik und Ingenieurbetriebe (manutention et génie civil), Werkzeugmaschinenbau (machines-outils) und Landmaschinenbau (machines agricoles) stark vertreten (vgl. Tabelle 2).

3.2.2.2 *Automobil (automobile)*

Herausragend ist in dieser Branche mit insgesamt knapp 21.000 Beschäftigten natürlich Peugeot mit 13.000 Mitarbeitern. Zwar gibt es einige Unternehmen der Automobilbranche, die nur Teilfabrikate herstellen (General Motors u.a.), doch sind sie nicht regional abhängig. Mehr als 80% der Teillieferungen kommen aus anderen französischen Regionen, nur 3% aus dem Elsaß.

3.2.2.3 *Elektro und Elektronik (construction électrique et électronique)*

Diese Branche hat im Elsaß eine lange Tradition. Die heutigen Spezialisierungen dieser Sparte mit 20.000 Mitarbeitern sind Telephon/Telegraphie und Haushaltsausstattung. Durch die verstärkte Zuwanderung japanischer Unternehmen in den letzten Jahren (Sony, Yamaha, Ricoh, Sharp) nimmt der ausländische Anteil stark zu.

3.2.2.4 *Lebensmittel außer Fleisch und Milch (IAA-industries agricoles et alimentaires)*

Da die Hälfte des französischen Bieres im Elsaß gebraut wird, haben die Brauereien einen großen Anteil an diesem Sektor. Doch auch die Süßwarenproduktion (chocolaterie-confiserie) stellt einen Schwerpunkt der regionalen Aktivitäten dar. Die Größe der Unternehmen reicht von vielen kleinen Handwerksbetrieben bis zur Großproduktion (Mars, Suchard, Kronenbourg).

3.2.2.5 *Grundstoffchemie, Synthetik (chimies de base, fibres synthétiques)*

Vor allem die organische Chemie stellt den Schwerpunkt der elsässischen Aktivitäten dar. Durch den hohen Anteil der großen Unternehmen (Rhone-Poulenc, CdF-Chimie, Elf Aquitaine) fehlt ein regionaler Bezug dieser Branche. Aus regionaler Produktion wird lediglich Kali in der Mineralchemie verwendet, der Rest der Rohstoffe wird importiert. 60% der Verkäufe gehen ins Ausland.

3.2.2.6 *Textil und Bekleidung (textile et habillement)*

Auch wenn die Bedeutung des Textilbereichs im Elsaß in den letzten 20 Jahren stark abgenommen hat, bleibt dennoch die elsässische Produktion für Frankreich sehr wichtig. Sie hat sich besonders auf Baumwolle spezialisiert (46% der Wertschöpfung der Branche); es gibt hier Spinnereien, Webereien, Druck-, Färbe- und Appreturunternehmen. Die Konfektionsindustrie stellt 20% der Wertschöpfung der Branche dar und beschäftigt 5.650 Personen. Weniger wichtig ist die Strickindustrie.

Auch wenn die große Mehrzahl der Unternehmen elsässisch kontrolliert sind, so gibt es doch gerade einige große Unternehmen, die von deutschen Muttergesellschaften abhängig sind. So beschäftigen die ausländischen Gesellschaften 22% der Arbeitnehmer dieser Branche (sonst 13%). Die elsässische Textilindustrie exportiert überdurchschnittlich viel, natürlich vor allem nach Deutschland. Außerdem befinden sich diverse Forschungs- und Ausbildungsstätten in Mulhouse: Centre de Recherche Textile de Mulhouse, CETIM-CERMAT, Institut de Recherche Polytechnique.

3.2.2.7 *Baumaterialien und diverse Minerale (Materiaux de construction et minéraux divers)*

Fast die Hälfte der 9.000 Beschäftigten dieser Branche arbeiten bei den Kali-Minen (mines de potasse d'Alsace). Doch die Entwicklungschancen bleiben wegen der Umweltproblematik gering. Darüber hinaus produziert die Dachziegel- und Ziegelindustrie rund 7% des französischen Ausstoßes. Der elsässische Sandsteinbruch, der Sand- und Kieselabbau stellen 11,4% der französischen Produktion dar, und werden zu einem sehr großen Teil nach Deutschland exportiert.

3.2.2.8 *Papier, Karton (papier, carton)*

Zwar ist dieser Sektor, ebenso wie "Leder und Schuhe", nur mehr ein kleiner Sektor der elsässischen Industrie, doch sind im französischen Vergleich beide im Elsaß überdurchschnittlich stark vertreten. Im Elsaß sind alle Stufen der Produktion zu finden. Große Teile der notwendigen Rohstoffe kommen aus dem Ausland, insbesondere aus Schweden oder Deutschland.

3.2.2.9 *Leder und Schuhe (cuir et chaussures)*

Dieser Sektor steht unter starkem Einfluß großer Konzerne: 60% der Beschäftigten arbeiten für ADIDAS, SALAMANDER, ROMIKA, PUMA. Die anderen Betriebe sind meist kleine Zulieferbetriebe. Aber allgemein besteht keine regionale Anbindung, der größte Teil der Beschaffung stammt aus dem Ausland, nicht einmal 4% aus dem Elsaß.

3.3 Die ausländischen Unternehmen

Alle Vergleiche mit Restfrankreich sind problematisch, denn 38,4% aller in der Industrie Beschäftigten im Elsaß arbeiten in ausländischen Unternehmen (dito S. 17), wobei die Zunahme von 1978 bis 1988 15,2 Prozentpunkte gegenüber 4 Prozentpunkten in Frankreich betrug (ADIRA 1990, S. 60). Hier kommt natürlich die Nachbarschaft mit Deutschland und der Schweiz zum Ausdruck: 1990 sind 60% der ausländischen Unternehmen deutsch, 20% schweizerisch (Banque de France 1991, S. 10). Von ihnen wird die Zweisprachigkeit eines großen Teils der Bevölkerung, die geographische Nähe, die Erschließung des französischen Marktes und die - im Verhältnis zu Deutschland oder der Schweiz - niedrigen Löhne geschätzt.

So lagen 1984 "die Jahresdurchschnittslöhne und -gehälter in der Industrie im Elsaß bei ca. 22.000 DM, in Südbaden (1987) bei ca. 33.000 DM, (...) und in der Nordwestschweiz bei ca. 45.000 DM" (Batke 1991, S. 94).

Mit der fortschreitenden Integration der EG wurde das Elsaß auch für die USA, Japan und skandinavische Länder interessanter, die so die Nähe des deutschen Wirtschaftsraumes nutzen können, an die Verkehrsinfrastruktur relativ gut angeschlossen sind und doch nicht die relativ hohen deutschen Löhne, Sozialabgaben, Steuern usw. zu bezahlen haben. Inwieweit eventuell strengere Umweltschutzauflagen eine Rolle spielen, ist meines Wissens bislang nicht untersucht worden.

Bei einer Untersuchung von neuangesiedelten bzw. dezentralisierten Industrieunternehmen aus vier Branchen (NE-Metall- und stahlschaffende und -verarbeitende Industrie, elektrische und elektronische Industrie, Nahrungsmittelindustrie, chemische und kunststoffverarbeitende Industrie) in Elsaß, Lothringen und im Moseldepartement nannten die Unternehmen die guten Transport- und Verkehrsanbindungen an erster Stelle, weit vor Verkaufs- und Absatzgründen und der Verfügbarkeit von Arbeitskräften, die hier im Vergleich zu Deutschland gesehen werden muß. Danach kamen Vorhandensein und niedriges Preisniveau von Industriegeländen/-gebäuden (Wardeck 1986, S. 104), was dem Elsaß Standortvorteile gegenüber der Schweiz und Deutschland bringt.

Im Elsaß erstaunt die in Frankreich überdurchschnittliche Entscheidungsautonomie; immerhin arbeiten 75% der Beschäftigten in Firmen mit Hauptsitz im Elsaß (Batke 1991, S. 148).

3.4 Die Grenzgänger

Mitte 1991 arbeiteten 33.423 Elsässer in der Schweiz und 23.236 in Deutschland, wobei die jahrelange Aufwärtsentwicklung wohl am Abflauen ist (ADIRA 11/1991, S. 5). Diese Zahl übertrifft seit 1989 die der Arbeitslosen und bringt für die elsässische Seite einige Probleme mit sich. Zwar ist die Entlohnung der Grenzgänger höher als der im Elsaß Beschäftigten, doch ist es für elsässische Unternehmen zunehmend schwieriger, Arbeitskräfte zu finden, da das Lohnniveau das zweithöchste Frankreichs ist. Auch für die französische Verwaltung entstehen Ausfälle, da sie zwar für die Elsässer die Infrastruktureinrichtungen zur Verfügung stellen muß, doch keine Gewerbesteuer einnehmen kann. Die Zahl der Grenzgänger in der Gegenrichtung ist konstant gering.

Allerdings gibt es vermehrt Schweizer und Deutsche, die die niedrigen Grundstückspreise in Frankreich ausnützen, dorthin ziehen, und damit einerseits die Preise zum Steigen bringen, andererseits das Gemeindeleben verarmen lassen.

Diese Probleme führten im französisch-schweizerischen Verhältnis zu einem Vertrag, der Kompensationszahlungen der schweizerische Seite vorsieht. Von elsässischer Seite wurde inzwischen auch eine Studie über das deutsch-französische Verhältnis gemacht, sie ist aber noch nicht veröffentlicht, wird aber auf einen ähnlichen Vertrag hinauslaufen.

4 Die institutionellen grenzüberschreitenden Beziehungen

4.1 Allgemeines

Die institutionellen grenzüberschreitenden Beziehungen zwischen Bundesländern, Regionen bzw. Kantonen sind noch ein Problem. Denn sobald Staatsgrenzen überschritten werden, müssen bislang noch die Zentralregierungen beteiligt werden. Auch wenn die Autonomie von Kantonen und Bundesländern größer als die der Regionen ist, haben letztes Jahr die Bundesregierung und die Regierung der Niederlande in bezug auf die EUREGIO ertsmals genehmigt, "daß Länder staatsrechtlich anerkannte Abkommen über grenzüberschreitende Zusammenarbeit abschließen können" (Freiburger Regio-Gesellschaft 1992, S. 6).

Auf die Problematik der selbständigen internationalen Zusammenarbeit der französischen Regionen wurde oben eingegangen. Der rechtliche Status grenzüberschreitender Zusammenarbeit auf noch niedriger Ebene ist nicht geklärt; die Zusammenarbeit ist auch meist informell, wenn man von Städtepartnerschaften und ersten Versuchen der institutionellen kommunalen Zusammenarbeit absieht.

Bislang blieben also die offiziellen Kontakte, Absprachen und Anträge immer im Rahmen der Regierungskommission, die als Unterausschüsse das Comité bi- bzw. tripartite hatte, die jetzige Oberrheinkonferenz. Erste handfeste Ergebnisse bringen wohl erst die INTER-REG-Projekte der drei Länder mit der EG, da die Drei-Länder-Kongresse zwar existieren, die Umsetzung ihrer Ergebnisse aber in der Luft hängt; alle anderen Beziehungen intensivieren sich zum Teil noch von einem recht niedrigen Niveau aus (Kommunal, Regiogesellschaften) oder sind noch Visionen (Oberrheinparlament).

Auch geographisch ist der Oberrhein nicht unproblematisch: Die Regio Basiliensis ist nicht das Dreieckland, nicht die Regio der Regio-Gesellschaft Freiburg, nicht die der Regio du Haut Rhin Mulhouse; Freiburg hätte gern Straßburg in einer Regio, Straßburg gern Karlsruhe, aber Basel hat nichts mit Karlsruhe zu tun.

4.2 Die Oberrhein-Konferenz

Der zwei- und dreiseitige Regionalausschuß (Comité bi-/tripartite) wurde kürzlich zur Oberrheinkonferenz zusammengefaßt⁴. Seit 1975 existieren regionale Arbeitsgruppen (zur Zeit sieben), die wiederum in Expertenausschüsse untergliedert sind (zur Zeit 21)(Regio Basiliensis 1992, S. 20f). Obwohl diese Arbeit seit der Sandoz-Katastrophe intensiviert wurde, schreibt Hering zu deren Arbeitsergebnis 1990: "Il n'est pas aléatoire d'affirmer qu'à cet égard, au terme de 15 ans de fonctionnement, ce comité tripartite est loin d'avoir atteint les objectifs fixés et que son impact, tant auprès des médias qu'auprès de la population, est à ce jour relativement réduit" (Hering 1990, S. 100).

Ein kleiner Vorteil, aber auch ein Hauptmanko der Oberrheinkonferenz ist ihre geographische Ausdehnung - sie umfaßt den Raum von der "Regio Basiliensis" bis zum "PAMINA-Gebiet" (Südpfalz, Mittlerer Oberrhein, Nordelsaß), D.h. in ihrem Rahmen laufen unterschiedlichste Interessen, Großräume und Einflußgebiete zusammen. Somit ist sie ver-

⁴ Etwas verwirrend ist, daß laut Regio Basiliensis, 1992, S. 9, das 3. Plenum der Oberrheinkonferenz die 28. Sitzung des Comité tripartite war, und daß dort die Zusammenlegung der beiden Regionalausschüsse zur Oberrheinkonferenz beschlossen wurde. Dazu kommt noch, daß auch dieser Name nach Einschätzung von Herrn Werner (Regio-Gesellschaft) keinen Bestand haben dürfte.

ständlicherweise einer klaren Abgrenzung innerhalb des Oberrheins aus dem Weg gegangen, da sich über alle anderen Abgrenzungen problemlos und mit guten Argumenten streiten läßt.

4.3 Die INTERREG-Projekte

Nach relativ langen Finanzierungsschwierigkeiten konnten die INTERREG-Projekte für den Raum Südbaden/Elsaß/Nordwestschweiz genehmigt werden, an denen die EG 50% respektive 40% (bei trinationalen Projekten) der Kosten übernimmt. Der INTERREG-Lenkungsausschuß hatte 20 Projekte ausgewählt, von denen wegen Finanzierungsschwächen 18 zustandekamen, davon 9 mit schweizerischer Beteiligung⁵. Durch diese Projekte wird die Zusammenarbeit erste größere Früchte tragen.

Indirekt führte die Auswahl der INTERREG-Projekte über die Köpfe der Gemeinden hinweg auch zu einer Aktivierung der kommunalen Zusammenarbeit (s.u.).

Im Norden des Oberrheins begannen die INTERREG-Projekte schon 1990, eine Informations- und Beratungsstelle (INFOBEST) informiert über Ergebnisse und Projekte (PAMINA 1989, 1991).

4.4 Die interkommunale Zusammenarbeit

Vorläufer aller kommunalen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist die CIMAB, die Interessengemeinschaft Breisgau-Mittleres Elsaß, die als Querzone Stabilität in einer Gegend schaffen sollte, die sowohl von Basel als auch von Strasbourg als wirtschaftlichen Zentren angezogen wird. Die CIMAB, deren Ziel auch die Wiederverständigung zweier geographisch zusammengehörender Gebiete sein sollte, wurde nach ersten Kontakten der IHK Freiburg mit der CCI Colmar 1964 gegründet.

Die geographisch weiter gefaßte bisherige "Oberrheinische Bürgermeisterkonferenz", die wenig greifbare Ergebnisse liefern konnte, soll sich jetzt zu einer "Comregio" nach dem Modell der Comregio Saar/Lor/Lux bzw. dem der EUREGIO Enschede/Gronau entwickeln. Die Comregio verstünde sich dann als freiwillige Arbeitsgemeinschaft der Kommunen oder kommunalen Verbände, die mit einem Vorsitzenden eines Comregio-Rates der Bürgermeister und Landräte einen Vertreter nach außen hätte. So könnten die Belange der oberrheinischen Gemeinden gegenüber staatlichen oder EG-Stellen mit einer Stimme ausgedrückt werden. Mit Hilfe dieses Gremiums wäre auch eine Institution gefunden, um EG-Gelder abrufen zu können, eigene Projekte zu finanzieren oder Expertenausschüsse zu Themen wie Touristik, Raumordnung, Umwelt o.a. zu bilden und so die Mitgliedsgemeinden zu entlasten. Der Raum soll allerdings in zwei Comregios unterteilt werden: Oberrhein Süd und Oberrhein Nord.

Die Intensivierung der kommunalen Zusammenarbeit entstand nicht zuletzt als Folge der Einrichtung der INTERREG-Projekte, da das Fehlen einer gemeinsamen Stimme der Gemeinden zu einem weitgehenden Übergehen dieser Ebene bei Programmerstellung und -vergabe führte. Im Ablauf der Programme will die Comregio gewisse Aufgaben übernehmen.

Die kommunalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften von Freiburg, Basel, Mulhouse und Colmar stellten sich gemeinsam auf der Touristikmesse in Berlin vor. Derzeit planen sie

⁵ Die Liste der Projekte ist wiedergegeben bei: Regio-Gesellschaft 1992, S. 5; die Anträge selbst fußen auf AUCTOR/ALGOE, 1990.

mit dem Comité d'Action Haut-Rhin (CAHR) eine Präsentation des Wirtschaftsraumes Oberrhein.

4.5 Die Regio-Gesellschaften

Seit dem 11.3.91 existiert ein Koordinationsausschuß der Regio Basiliensis, der Regio-Gesellschaft Freiburg und der Regio du Haut-Rhin, von dem sich die Teilnehmer durch informelle Absprachen Erfolg durch gemeinsam abgesprochene Vorstöße erwarten.

Die stärkste Stellung hat die halbstaatliche Regio Basiliensis, die auch den ganzen Prozeß in Gang brachte. Durch die Delegierung der internationalen Aufgaben des Doppelkantons Basel verfügt sie über genügende Mittel, ihren Ideen auch Nachdruck zu verleihen. Die Regio du Haut-Rhin ist bei der chambre de commerce et d'industrie Mulhouse angesiedelt, ihre Interessen liegen in der Wirtschaft, aber auch in der Kultur. Die Regio-Gesellschaft Freiburg ist ein Verein mit Mitgliedern aus der Wirtschaft (80%) und den Kommunen (20%). Die amtlichen Vorgänge liegen in Deutschland beim Grenzlandreferat des Regierungspräsidiums Freiburg, in Frankreich bei der Präfektur.

4.6 Die Drei-Länder-Kongresse

Diese eher akademischen Treffen zu jeweils einem Oberthema (bislang Verkehr, Kultur, Umwelt) dienen der Darstellung der Ergebnisse der Arbeits- und Projektgruppen vor einem Publikum aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. Im Dezember 1992 fand der nächste Kongreß in Karlsruhe unter Federführung des Regierungspräsidiums Karlsruhe zum Thema Wirtschaft statt.

Die Wahl des Standortes wird von den Regio-Gesellschaften bedauert, da Karlsruhe das Oberzentrum des PAMINA-Gebietes ist. Hier wird wieder die Problematik der geographischen Abgrenzung der Regierungskommission deutlich.

4.7 Das Oberrhein-Parlament

Die bislang bestehende Arbeitsgemeinschaft der Gewählten, die aus Delegierten der verschiedenen lokalen Parlamente und Räte besteht, würde sich gerne in ein Oberrhein-Parlament umwandeln. Diese Bestrebungen werden vor allem von deutscher und schweizerischer Seite vorangetrieben, doch eine Realisierung steht vor diversen Problemen. Schon die geographische Abgrenzung sorgt wie immer für Probleme, ferner die Verteilung des aktiven Wahlrechts. Soll es direkte oder indirekte Wahlen geben? In welchem Verhältnis D-F-CH soll das Parlament zusammengestellt sein?

Doch die eigentlichen Probleme sind verfassungsrechtlicher Natur und betreffen die Kompetenzfrage. Deren Lösung stehen noch zahlreiche Probleme und Widerstände entgegen.

4.8 Sonstige Beziehungen

An sonstigen Beziehungen sind zu nennen die Periodischen Internationalen Koordinationsgespräche (PIK, seit 1970), die Konferenz Oberrheinischer Regionalplaner (KOR, seit 1971), und die Zusammenarbeit der IHK, die zum Teil über das Euro-Info-Center der IHK

Lahr laufen, oder punktwiese, auf persönlichen Kontakten beruhende Zusammenarbeit ist, wie die geplante Erweiterung der Broschüre "Umweltschutzmarkt Südlicher Oberrhein" (IHK Südlicher Oberrhein 1991) auf Elsaß und Nordwestschweiz, oder des "Handbuch für Forschung und Entwicklung des Oberrhein-Gebietes - Rationelle Energienutzung" (AFME, o.J.).

Desgleichen gibt es seit 1989 die "Europäische Konföderation der Oberrheinischen Universitäten", EUCOR, die bis jetzt gemeinsame Studiengänge in Biotechnologie und Medizin, ein gemeinsames Projekt zur Klimaforschung REKLIP und ein ständiges Büro in Brüssel ins Leben rief. Es existiert seit 1991 ein deutsch-französisches Institut zur Umweltforschung, IFARE, mit Standorten in Strasbourg und Karlsruhe.

Der bisher nur dem Namen nach trinationale Flughafen Basel-Mulhouse-Freiburg soll dies finanzielle Beteiligung des Bundes und des Landes Baden-Württemberg auch de facto werden; jedenfalls nach den Wünschen der deutschen Regionalverbände und Freiburgs.

Darüber hinaus ist die bessere Anbindung an die nationalen Eisenbahnnetze und vor allem die Verknüpfung des deutschen und französischen Systems fest vorgesehen.

5 Umweltschutz im Elsaß

Das Elsaß ist eine Region in Frankreich mit einer alten und starken Umweltbewegung, die auf Naturschutz basierte, ihren Ausdruck aber auch in überproportional hohen Wahlergebnissen der ökologisch orientierten Parteien findet. In Straßburg befindet sich auch die bislang einzige Ausbildungsstätte für "éco-conseillers", die nach ihrer Ausbildung als Umweltberater für Kommunen, Départements oder Regionen arbeiten. Die Nachbarschaft mit der Schweiz und Deutschland, die damit verbundenen Erfahrungen und Probleme führen ebenfalls zu einer höheren Sensibilisierung der Bevölkerung für Umweltfragen als sonst in Frankreich üblich. Der hohe Anteil von ausländischen Unternehmen, die häufig aus Ländern mit höheren Umweltstandards kommen, führt zu einem hohen Anteil an umweltfreundlicher Technologie oder umweltfreundlichen Produkten, sogenannten éco-produits. Die kleinen, meist alteingesessenen Unternehmen sehen dagegen meist noch Umweltschutz als reinen Kostenfaktor an, nicht als eine Möglichkeit zur Effizienzsteigerung und Investition in die Zukunft des eigenen Betriebes.

5.1 Eco-Conseil

Éco-Conseil ist ein privates Institut, das "Éco-Conseillers" auszubildet. Dieser Beruf entspricht ungefähr einem deutschen Umweltberater, der bei Gemeinde, Département, Region oder Unternehmen eingesetzt werden kann. Éco-Conseil ist bislang das einzige Institut, das eine solche Ausbildung anbietet. Das Programm wird von der Region, EG und Umweltministerium finanziert. Das Institut will jedoch expandieren, um stärker als Unternehmensberater tätig zu werden.

5.2 Sonstiges

IFARE, das deutsch-französische Institut für Umweltforschung, hat seine Hauptaktivitäten bislang im Bereich der Grundwasserforschung im Rheingebiet, auch wenn seine Zielvorgabe weiter gefaßt ist. Es soll im Umweltbereich forschen, dokumentieren und veröffentlichen, um Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft die nötigen Informationen zur Verfügung zu stellen.

Das gemeinsame Klimaforschungsprogramm REKLIP der oberrheinischen Universitäten und anderer Institute wurde mit dem Ziel gegründet, einen regionalen Klima-Atlas herauszugeben. Dazu werden in den nächsten Jahren Daten von 35 eingerichteten Meßstationen gesammelt.

An der Universität Strasbourg wird ein Postgraduiertenstudium für Umweltrecht angeboten (DEA/DESS droit de l'environnement). Zuständiger Lehrstuhlinhaber ist Professor Kiss.

5.3 Die staatlichen Umweltorganisationen

Da sich alle staatlichen Umweltdirektionen in der Umorganisation befinden, die auch mit effizienterer Arbeitsweise und mehr Kompetenzen verbunden sein wird, liegen kaum genaue Informationen über Tätigkeitsbereiche, Kompetenzen und Arbeitsmethoden vor.

Zwei Direktionen unterstehen gemeinsam den Ministerien für Industrie, Umwelt und Forschung: die DRIRE, Direction régionale de l'Industrie, de la Recherche et de l'Environnement, und die ADEME, Agence de l'Environnement et de la Maitrise de l'Energie. Die dritte Direktion, die sich mit Umwelt befaßt, untersteht dem Umweltministerium und nennt sich jetzt DIREN, Direction Régionale de l'Environnement.

5.3.1 DRIRE

Die DRIRE legt gemeinsam mit der Umwelta Abteilung der Präfektur die Emissionsnormen für die Unternehmen fest, wobei im allgemeinen die nationalen Gesetze als Untergrenzen dienen. Im Elsaß werden häufig strengere Normen festgelegt, bzw. freiwillig eingehalten, was auf ein relativ starkes Umweltengagement der Bevölkerung und auf eine überdurchschnittliche Präsenz ausländischer Unternehmen zurückzuführen ist.

Darüber hinaus kontrolliert die DRIRE die Einhaltung der Vorschriften.

5.3.2 ADEME

In gewisser Weise ist die ADEME ein Pendant zur DRIRE, aber sie kontrolliert nicht und schreibt nicht vor, sondern berät und hilft. Ihr Ziel ist es, von Menschen verursachte Umweltbelastungen so weit wie möglich zu vermindern. Deswegen fördert sie die rationelle Energienutzung (ein Teil der ADEME ist die frühere AFME, Agence française pour la Maitrise de l'Energie), erneuerbare Energien und saubere Technologien. Auch die Umsetzung der Ziele Abfallverminderung und Luftreinhaltung fallen in ihr Aktionsgebiet. Sie informiert Privatpersonen, Körperschaften und Unternehmen und vergibt und vermittelt Fördermittel und Darlehen für Projekte, die über die reine Normerfüllung hinausgehen. Weitere Teile der jetzigen ADEME sind die ehemalige ANRED, Agence Nationale pour la Récupération et l'Élimination des Déchets, und die AQA, Agence pour la Qualité de l'Air. Sie finanziert sich über staatliche Subventionen der Ministerien und aus Umweltsteuern.

5.3.3 DIREN

Sie läßt sich als Naturschutzbehörde charakterisieren. Ihre Aufgaben sind die Klassifizierung und Überwachung der "sites classés", also der Wasser- und Naturschutzgebiete, Nationalparks, aber auch historischer Gebäude und als potentiell gefährlich einzustufender Industrieanlagen. Sie nimmt die staatlichen Aufgaben im Bereich Natur- und Landschaftsschutz, Lebensqualität, Wasser und Architektur wahr. Sie wird bei Raumordnungsverfahren für Großprojekte eingeschaltet und überprüft die zum Teil verpflichtenden Umweltverträglichkeitsprüfungen.

In ihren Räumen befindet sich auch die écothek, eine Datenbank mit Informationen über die Umwelt im Elsaß (auch erreichbar über Minitel 3615 IDEAL).

5.4 Umweltschutzverbände

Der wichtigste Verband im Umwelt- und Naturschutzbereich ist ALSACE NATURE, der früher AFRPN hieß. Er ist ein Dachverband von 140 Vereinen und Bürgerinitiativen. Insgesamt sind 150.000 bis 180.000 Elsässer, also rund 10% der Bevölkerung, im Umwelt- und Naturschutz organisiert. Die Aktivitäten reichen vom Wandertourismus über Landwirtschaft, Tierschutz, Energie bis zu wissenschaftlichen Einrichtungen.

6 **Alsace 2005**

Seit einiger Zeit laufen auf französischer Seite Vorbereitungen zur Erstellung eines Planes "Alsace 2005". Mit der vorbereitenden Studie wurde "Prospective Rhénane" beauftragt, eine Vereinigung zur Erarbeitung einer gemeinsamen Zukunftsperspektive am Oberrhein. In diesem Verein sind hauptsächlich Personen beschäftigt, die sich beruflich mit dem Elsaß, mit Entwicklungen oder Forschung befassen. Innerhalb von "Prospective Rhénane" können sie sich privat austauschen, ihr berufliches Wissen miteinander verknüpfen und mögliche Perspektiven diskutieren. Zwar sind auch außerelsässische Mitglieder vertreten, doch sind sie klar in der Minderheit. Der Verein wird zur Hälfte von der Region, zur Hälfte durch Auftragsarbeiten finanziert. So bereitete für den Dreiländerkongreß Wirtschaft in Karlsruhe eine Studie über Entwicklungsmöglichkeiten des gesamten Oberrheinraumes vor, die anhand von Experteninterviews erarbeitet wurde.

Die weiteren Studien für "Alsace 2005" wurden von kompetenten Spezialisten in der Region erstellt, so z.B. von der DRAE (jetzt DIREN), und von dem Forschungsinstitut TEN zusammengestellt. An der Ausarbeitung sind Region, Départements und Gemeinden beteiligt, der Staat ist über die Regionalagenturen involviert. Dieses Szenario soll eine gemeinsame Identität in der Region stärker betonen, eine stärkere Zusammenarbeit anregen und auch als Grundlage für die Verhandlungen über die Planverträge zwischen Staat, Region und Départements dienen.

Da klare hierarchische Strukturen in der Region fehlen, bietet das Vorgehen, wie es für "Alsace 2005" dargestellt wurde, die einzige Möglichkeit, alle Entscheidungsträger innerhalb der Region in ein Konzept miteinzubeziehen. Inwieweit sich die einzelnen Akteure auch an eine solche Grundvereinbarung halten müssen, bleibt offen.

7 Anhang

7.1 Die neuen Kompetenzen der Körperschaften

Quelle: Bournazel 1988

1. Tableau récapitulatif des compétences transférées

DOMAINES	COMMUNE	DÉPARTEMENT	RÉGION	ÉTAT
1. URBANISME	Établissement du plan d'occupation des sols (POS)	Associé à l'élaboration du POS Avis en cas d'équipements départementaux	Consultation lors de la préparation des lois d'urbanisme intéressant la région	Contrôle des prescriptions et servitudes Mise en demeure de réviser ou modifier le POS
	Élaboration intercommunale de schémas directeurs Délivrance du permis de construire et autres autorisations (si le POS est déjà approuvé)	Avis sur le périmètre	Avis sur la détermination du schéma directeur pour les communes de plus de 10 000 habitants	Fixation du périmètre associé à l'élaboration
	Avis sur les schémas de mise en valeur de la mer			Élaboration des schémas de mise en valeur de la mer
2. LOGEMENT	Programme local de l'habitat	Conseil départemental de l'habitat	Définition des priorités de l'habitat	
	Action en faveur des mal logés	Aides sociales au logement	Aides complémentaires Encouragement à la qualité, à l'innovation, à l'économie d'énergie	
		Avis sur la répartition des aides	Choix des priorités	Répartition des aides de l'État

DOMAINES	COMMUNE	DÉPARTEMENT	RÉGION	ÉTAT
3. TRANSPORTS ET MER	Avis sur le schéma régional	Avis sur le schéma régional	Établissement du schéma régional des transports	
	Avis sur le plan départemental	Établissement du plan départemental des transports Approbation du plan départemental des services réguliers de transports routiers, voyageurs non urbains et autorisations d'exploiter ; homologation de leurs tarifs		Réglementation sociale des transports Protection sociale des personnels portuaires
	Conventions avec le département	Financement et organisation des transports scolaires Avis sur les conventions avec la SNCF	Création de certains aérodromes Conventions avec la SNCF (lignes inscrites sur schéma)	Normes d'équipement des aérodromes Réglementation des transports scolaires
	Ports de plaisance	Ports maritimes civils, de commerce et de pêche Aides aux travaux d'aménagement pour les cultures marines	Création de canaux et ports fluviaux Aides à la pêche et aux entreprises pour les cultures marines	Ports autonomes et ports maritimes d'intérêt national Ports maritimes contigus aux ports militaires Pour l'ensemble des ports, voies navigables et canaux, l'État reste compétent pour : — la police de la conservation du domaine public fluvial ; — la police de la navigation ; — la police des eaux ; — les règles de sécurité.

DOMAINES	COMMUNE	DÉPARTEMENT	RÉGION	ÉTAT
4. ÉDUCATION (enseignement public)		Avis sur le schéma régional	Schéma prévisionnel de formation initiale	Carte universitaire Construction et fonctionnement des établissements d'enseignement supérieur Création et aménagement des collèges, lycées et établissements professionnels
	Avis du conseil municipal Construction, équipement et entretien des : ... écoles et classes maternelles, élémentaires Participation aux dépenses d'investissement des collèges Utilisation des locaux scolaires pour activités culturelles, sportives, socio-éducatives Organisation d'activités éducatives, sportives et culturelles complémentaires dans les locaux scolaires Enseignement des arts plastiques, de la musique, de la danse et de l'art dramatique (sauf en ce qui concerne les cycles d'enseignement supérieur) Modification des heures d'entrée et sortie des élèves	Avis du conseil général ... collèges et établissements d'enseignement professionnel	Proposition du conseil régional ... lycées et établissements d'éducation spéciale	Carte scolaire Contrôle de l'État Rémunération des personnels enseignants
5. FORMATION PROFESSIONNELLE ET APPRENTISSAGE			Schéma prévisionnel de la formation professionnelle et de l'apprentissage Mise en œuvre des actions d'apprentissage et de formation professionnelle Programme régional d'apprentissage et formation professionnelle Fonds régional	Certaines actions de portée générale

DOMAINES	COMMUNE	DÉPARTEMENT	RÉGION	ÉTAT
8. AIDES AU DÉVELOPPEMENT ÉCONOMIQUE		Complément de l'aide régionale Aides indirectes Aides aux entreprises en difficulté	Aides directes. PRE-PRCE Bonification d'intérêt	FDES et grandes interventions
9. ENVIRONNEMENT. PATRIMOINE ET ACTION CULTURELLE	Proposition ou accord sur la zone de pro- tection Avis sur le plan des itinéraires de promenade et de randonnée Conservation des archives communales Musées communaux	Politique de protection et de gestion des espaces naturels sensibles Définition du plan départe- mental des itiné- raires de prome- nade et de ran- donnée Bibliothèques centrales de prêt Conservation des archives départementales Musées départementaux	Collège du patrimoine et des sites Liste des sites et paysages que la région veut sauvegarder Conservation des archives régionales Musées régionaux	Création de pro- tection esthétique ou historique Contrôle de l'État Contrôle de l'État
10. JUSTICE ET POLICE	Demande éventuelle du régime d'État			Personnel, matériel, loges (équipement de la justice) Régime de police d'État sur demande de la commune Responsabilité des dommages du fait des attroupements

Source : *Démocratie locale.*

7.2 Einige wichtige Zahlen über das Elsaß

Quelle: Chambre régionale de commerce et d'industrie d'Alsace 1992

P O P U L A T I O N

Superficie : 8 220 km² 1,5 % du territoire national
Plus petite des 22 régions françaises

Population totale : Recensement 1990

Alsace : 1 620 822 2,9 % de la population française

Bas-Rhin : 951 425 (58,7 %)

Haut-Rhin : 669 397 (41,3 %)

Densité de population : (Recensement 1990)

197 habitants au km² (France 102)

Population urbaine : (Recensement de 1990)

Communauté urbaine de Strasbourg : 429 880 (ville 252 000)

Agglomération de Mulhouse : 224 000 (ville 107 000)

Agglomération de Colmar : 84 000 (ville 63 500)

Nombre de ménages : (Recensement de 1990)

602 544

EMPLOI - MARCHÉ DU TRAVAIL

Emploi total (1er janvier 1990)

730 500 actifs (y compris chômeurs et frontaliers)
soit un taux d'activité de 44,5 %

635 581 actifs ayant un emploi en Alsace

dont Primaire	3,5 %
Industrie	29,7 %
Bâtiment - travaux publics	6,9 %
Tertiaire	59,9 %

Marché du travail (mars 1992)

Taux de chômage	Alsace 5,6 %	France 9,9 %
Même mois année précédente	Alsace 5,0 %	France 9,1 %

Demandes d'emploi non satisfaites 48 823 (+ 13,7 % en 1 an)

dont femmes	53,3 %
moins de 25 ans	23,3 %
inscrits de + d'un an	22,6 %

Frontaliers (4e trimestre 1991)

Ensemble	60 666	(+ 5,8 % en 1 an)
dont vers l'Allemagne	26 907	(+ 12,2 % en 1 an)
vers la Suisse	33 759	(+ 1,2 % en 1 an)

A C T I V I T E E C O N O M I Q U E

PRODUIT INTERIEUR BRUT (1989)

PIB par habitant : 111 700 francs
2ème rang des régions françaises
3 % du P.I.B. national

INDUSTRIE

Principaux secteurs industriels (31.12.1989)

Construction mécanique :	22 876 salariés
Industrie alimentaire :	22 277 salariés
Matériel de transport terrestre :	19 761 salariés
Construction électrique et électronique :	19 312 salariés
Industrie textile et habillement :	16 008 salariés
Fonderie et travail des métaux :	14 485 salariés

Investissement par personne (1988) (Industrie hors énergie et hors IAA)

Alsace : 36 400 francs France : 37 000 francs

Poids des établissements à participation étrangère (1989)

Alsace : 34,8 % France : 17,5 %

COMMERCE

Densité d'hypermarchés (1.1.1990)

Alsace : 93,2 m² / 1 000 h France : 76,4 m² / 1 000 h

BANQUES

Densité du réseau bancaire (1991)

Alsace : 1 guichet pour 1 173 habitants

France : 1 guichet pour 2 276 habitants

TRANSPORTS

Trafic des ports alsaciens (voie d'eau 1991)

Port autonome de Strasbourg :	9 800 148 t	(- 7,6 % en 1 an)
Port de Colmar Neuf-Brisach :	1 056 130 t	(+ 17,3 % en 1 an)
Ports rhénans Alsace-Sud :	3 686 745 t	(- 3,9 % en 1 an)

Trafic des aéroports alsaciens (1991)

Aéroport de Strasbourg-International

Passagers : 1 427 518 Fret : 3 583,2 tonnes
(- 8,4 % en 1 an) (- 14,3 % en 1 an)

Aéroport de Bâle-Mulhouse

Passagers : 1 901 090 Fret : 24 488 tonnes
(+ 0,4 % en 1 an) (- 6 % en 1 an)

Aéroport de Colmar-Houssen

Passagers : 35 836
(1990 : 3 300)

En 1991 : fermeture de la piste de Strasbourg-Entzheim pour
réfection, vols déroutés sur Colmar-Houssen

COMMERCE EXTERIEUR (1991)

Exportations : 87 491,6 millions de francs
+ 8,3 % en 1 an

Importations : 81 808,3 millions de francs
+ 0,3 % en 1 an

Taux de couverture :

Alsace : 107 % France : 92,5 %

Sources : I.N.S.E.E., D.R.T.E., S.E.S.S.I., L.S.A., Banque de
France, Direction régionale des douanes, Port autonome
de Strasbourg, C.C.I.

8 Literatur

- ADEME, Agence de l'Environnement et de la Maitrise de L'Energie (1992): Programme d'action de l'Ademe. Propositions. Paris.
- ADIRA, Association de développement du Bas-Rhin (1990): Conjoncture alsacienne. 2e trimestre 1990. Strasbourg.
- ADIRA, Association de développement du Bas-Rhin (1991): La lettre de l'ADIRA. Lettre d'information. Strasbourg.
- AFME, Agence Française pour la Maitrise de l'énergie (1991): Rapport d'activité 1990/1991. Délégation régionale Alsace. Strasbourg.
- AFME, Agence Française pour la Maitrise de l'Energie (o.J.): Handbuch für Forschung und Entwicklung des Oberrhein-Gebietes: Rationelle Energienutzung. Strasbourg.
- AUCTOR/ ALGOE (1990): Grenzüberschreitende Entwicklungskonzeption Südbaden/ Elsaß/ Nordwestschweiz. Teil III - Maßnahmenprogramm für die Oberrheinregion.
- AUCTOR (1991): Grenzüberschreitendes Entwicklungskonzept Oberrhein Mitte-Süd. Schlussbericht.
- Banque de France (1991): Les implantations étrangères en Alsace en 1990. Strasbourg.
- Batke, Anja (1991): Anforderungen an die Entwicklung der kommunalen und regionalen Planungsverf. in e. Grenzregion anges. d. Verwirklichung des europ. Binnenm. Am Beispiel Oberrhein. Diplomarbeit. Berlin: TU Berlin Fachbereich 2: Gesellschafts- und Planungswissenschaften.
- Becquart-Leclercq, Jeanne (1989): Kommunalpolitik in Frankreich. In: Der Bürger im Staat, 2/89, S. 118-128. Stuttgart: Landeszentrale für politische Bildung.
- Bournazel (1988): Le Conseil Général.
- DRAE d'Alsace, Délégation rég. à l'architecture et à l'environnement (1991): Plan de référence Alsace 2005, Contribution de la DRAE d'Alsace. Synthèse du diagnostic de l'état de l'environnement et proposition de scénarios pour la réflexion Alsace 2005. Strasbourg.
- DRIRE, Direction rég. de l'ind., de la rech. et de l'envir. d'Alsace (1991): L'industrie alsacienne. Strasbourg.
- EG-Kommission (1992f): Praktische Anleitung für grenzüberschreitende Kooperationen. Luxemburg.
- FWT, Freiburg Wirtschaft und Touristik (Hg) (1991): Staat, Region, Gemeinde. Aufbau der Gebietskörperschaften in Deutschland, Frankreich und der Schweiz. Informationsreihe Regio Rhein Süd, Nr. 1. Freiburg: Freiburg Wirtschaft und Touristik.
- Freiburger Regio-Gesellschaft (1992): Tätigkeitsbericht 1991. Freiburg.
- Gruber, Annie (1986): La Décentralisation et les institutions administratives. Paris: Armand Colin.
- Hansen, Niles/ Higgins, Benjamin/ Savoie, Donald J. (1990): Regional Policy in a changing world. New York and London: Plenum Press.
- Hering, Jacques (1990): La Regio. Actualités et potentialités de la coopération transfrontalière entre des régions riveraines du Rhin Supérieur. Regio Basiliensis, Revue de Géographie de Bale 31/2. Basel.
- Hickmann, Thorsten (1992): Umweltbewußtsein und Umweltschutz im Elsaß und die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Nürnberg.

- Industrie- und Handelskammer Südlicher Oberrhein (1991): Umweltschutzmarkt Südlicher Oberrhein. Unternehmungen im Bezirk der IHK Südlicher Oberrhein und ihr Leistungsangebot für den Schutz unserer Umwelt. Übersicht für die Praxis. Freiburg: IHK Südlicher Oberrhein.
- INSEE, Institut National de la Statistique/ Statistisches Landesamt (1990): Chiffres pour la zone frontalière franco-allemande du Rhin supérieur. Informations über den deutsch-französischen Grenzraum am Oberrhein. Straßburg/ Stuttgart.
- INSEE, Institut de la statistique et des études économiques (1991): L'Alsace industrielle. Strasbourg.
- ISERCO (1990): Alsace. Strasbourg: APEC Délégation de Strasbourg.
- Jézégabel, Marc/ Yerochewski, Carole (1992): Ce que les régions font de votre argent. In: "Science et Vie Economie" No. 81, März 1992, S. 14-21.
- Jossa, Edward/ Semo, Igor (1990): L'action économique des collectivités locales. Les finances locales - la décentralisation inachevée?, Notes et études documentaires - no.4911. Nancy: La documentation française.
- Mitterand, François/ Kohl, Helmut/ Delamuraz, Jean-Pascal (1989): Déclaration. Erklärung zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Südlichen Oberrhein. Basel.
- PAMINA (1989): Grenzüberschreitende Entwicklungskonzeption. Zusammenfassungsvericht. Lauterbourg: PAMINA, Palatinat, Mittlerer Oberrhein, Nord-Alsace.
- PAMINA (1991): Grenzüberschreitende Entwicklungskonzeption. INTERREG 1991-1993. Lauterbourg: PAMINA, Informations- und Beratungsstelle f. grenzüberschr. Fragen.
- Pontier, J.M. (1988): La Région. Paris: Dalloz.
- Regierungspräsidium Freiburg/ Land Baden-Württemberg (Hrsg.) (1988): Verkehr am Oberrhein. Berichte - Thesen - Projekte. 1. Drei-Länder-Kongreß 22./23. September 1988, Kehl am Rhein. Freiburg: Regierungspräsidium Freiburg.
- Regio Basiliensis (1988): Regio Report. Ein Modell für Europa! Ein Modell für Europa? Basel: Regio Basiliensis.
- Regio Basiliensis (1992): Jahreskurzbericht 1991 der Regio Basiliensis. Zweites Semester 1991. Basel.
- Regio Basiliensis (Hg) (1992b): 3. Dreiländerkongreß "Umwelt-Oberrhein". Ein Bericht. Schriften der Regio 12. Basel/ Frankfurt: Helbing & Lichtenhahn.
- Schmidt, Vivien A. (1990): Democratizing France. The political and administrative history of decentralisation. Cambridge: Cambridge University Press.
- SOPIC (1990): Bilan et Perspectives. Regard sur l'industrie alsacienne. Strasbourg.
- TEN, Cabinet (1991): Alsace 2005. Première Synthèse. Strasbourg: Région Alsace.
- Territoires en mouvement. Magazin du développement local en Alsace. Sélestat: Association ODILE Alsace.
- Troer, Charles (1990): La "Technopolis" Haute Alsace. In: Regio Basiliensis 31/2. Basel.
- Wackermann, Gabriel (1986): Belfort, Colmar, Mulhouse, Bale, Fribourg-en-Brisgau. Un espace économique transfrontalier. Notes et études documentaires, No. 4824. Paris: La Documentation Française.
- Wackermann, Gabriel (1987): Les nouveaux enjeux de l'espace Alsacien. in: L'information géographique, No. 51, S. 89 -102.
- Wackermann, Gabriel (1988): Problématique de l'aménagement du territoire dans l'espace multinational du Rhin Supérieur jusqu'en 1983. Mulhouse.
- Wackermann, Gabriel (1988): Grenzüberschreitende Raumordnung - das Beispiel Elsaß. Probleme der Regionalstruktur Frankreichs, Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung, Heft 70. Bayreuth.

Wardeck, Barbara (1986): Ziele und Konsequenzen der industriellen Dezentralisierung in Ostfrankreich. Heidelberg.